

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
12.08.2020
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Sachstandsbericht bzgl. der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für
Flüchtlinge
gemäß Beschluss: 20/SVV/0518
- 3.2 Tank- und Rastanlage Havelseen
Vorlage: 20/SVV/0893
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Armbruster verweist darauf, dass der Oberbürgermeister weiterhin krankheitsbedingt abwesend ist, so dass sie die Sitzungsleitung übernimmt. Sie bittet die Verwaltung, Herrn Schubert namens des Hauptausschusses Genesungswünsche zu übermitteln. Anschließend eröffnet sie die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.08.2020

Die stellervertretende Vorsitzende, Frau Armbruster, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt sie vor, diese um einen Sachstandsbericht zur Neubesetzung des Uferwegbeauftragten zu ergänzen.

Die zum Bericht des Oberbürgermeisters in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erbetene Aussprache im Hauptausschuss, soll auf Wunsch der Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit,

Frau Meier, erst in der nächsten Sitzung aufgerufen werden.

Im Weiteren, so Frau Armbruster gebe es zum Tagesordnungspunkt 3.1 - Sachstandsbericht bzgl. der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge, Anträge auf Rederecht von Herrn Wohlfahrt, Seebrücke und Frau Pohle, Migrantenbeirat.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen und Anträge auf Rederecht erhebt sich kein Widerspruch; die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 24. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 12.08.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Sachstandsbericht bzgl. der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge gemäß Beschluss: 20/SVV/0518

Eingangs erhalten Herr Wohlfahrt, Seebrücke und Frau Pohle, Migrantenbeirat, das Rederecht.

Herr Wohlfahrt betont die Notwendigkeit der Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften und begründet die Unterstützung der Initiative Seebrücke für dieses Anliegen.

Frau Pohle verweist auf die schriftlich ausgereichte Stellungnahme des Migrantenbeirates und der Integrationsbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf der Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0518 und den ebenfalls ausgereichten Anhang, in dem Auszüge aus den integrationspolitischen Beschlüssen, Empfehlungen und Konzepten in der Landeshauptstadt Potsdam bzw. im Land Brandenburg aufgeführt werden.

Sie betont, dass die jetzt avisierten Maßnahmen eine Arbeitsgrundlage auf dem Weg zum eigentlichen Ziel sei, alle Flüchtlinge mit Wohnungen zu versorgen.

Anschließend erläutert Frau Fisch, Arbeitsgruppe Wohnungsnotfallhilfe, an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigelegt) den Maßnahme- und Zeitplan zur Umsetzung des Beschlusses zur Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte und erläutert die Arbeitsstruktur, die Verteilung der aktuellen Plätze zwischen wohnungsähnlich und nichtwohnungsähnlich, die notwendigen Veränderungen, die zeitliche Übersicht der möglichen Veränderung für heute nichtwohnungsähnliche Gemeinschaftsunterkünfte (Umbau und Neuanmietung) sowie die Übergangsmaßnahmen und die finanziellen Auswirkungen.

Anschließend beantworten sie und die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder, so von Herrn Kube zur Mittelfristplanung des Standortes in der David-Gilly-Straße, von Herrn Said zu den in die Planung einbezogenen Wohngebieten und Herrn Heuer zu den Konsequenzen für die

Erstaufnahmekapazitäten.

Abschließend verweist Frau Armbruster auf die vereinbarte halbjährliche Berichterstattung, so dass der Hauptausschuss im Februar 2021 wiederum über den Sachstand informiert werde.

zu 3.2 Tank- und Rastanlage Havelseen

Vorlage: 20/SVV/0893

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, erläutert die dazu vorliegende Mitteilungsvorlage und verweist darauf, dass es sich um eine erste Information zu diesem Vorhaben handele.

Herr Walter bittet um die Überweisung der Mitteilungsvorlage in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität sowie in die betroffenen Ortsbeiräte, da dieses Vorhaben bislang keine Rolle in den Gremien gespielt, aber entsprechende Auswirkungen in vielerlei Hinsicht habe.

Im Weiteren nimmt Herr Spira für den Ortsbeirat Satzkorn dazu Stellung und erläutert die zu befürchtenden Nachteile für die umliegenden Ortsteile. Er bittet nachdrücklich darum, dieses Vorhaben nicht nur fachlich sondern auch politisch zu betrachten und die Rahmenbedingungen genau zu prüfen.

Herr Rubelt betont, dass es sich um eine erste Information handele und alle Beteiligten am Anfang der Thematik stehen. Auf die Nachfrage von Herrn Kube, welches Mitspracherecht die Landeshauptstadt habe, entgegnet er, dass die Stadt im Rahmen des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens als Träger öffentlicher Belange zu diesem Vorhaben Stellung nehmen werde.

Auf eine Überweisung der Mitteilungsvorlage in den o.g. Ausschuss und die betroffenen Ortsbeiräte wird verzichtet, da die Gremien im Zuge des Selbstbefassungsrechtes die Thematik in die Tagesordnung aufnehmen können.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 Sonstiges

Sachstandsbericht zur Neubesetzung des Uferwegbeauftragten

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, informiert, dass das Besetzungsverfahren für den Uferwegbeauftragten Ende September/Anfang Oktober geplant sei und er auf eine zügige Einstellung des dann ausgewählten Bewerbers hoffe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg informiert Herr Jetschmanegg, dass insgesamt 21 Bewerbungen eingegangen seien, davon 9 weibliche und 12 männliche Bewerber/innen.



**Migrantenbeirat
Landeshauptstadt
Potsdam**

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14469 Potsdam
Tel 0331 289 33 46 / Fax 0331 289 84 33 46
Migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

Potsdam, den 09.09.2020

**Stellungnahme des Migrantenbeirats der Landeshauptstadt Potsdam
zum Antrag 20/SVV/0856 ('Sicherer Hafen II')**

/eingereicht durch Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/

Die Mitglieder des Hauptausschusses mögen die vorliegende Stellungnahme des Migrantenbeirates zum Antrag 20/SVV/0856 bei deren Abhandlung im Hauptausschuss am 09.09.20 zur Kenntnis nehmen:

Der Migrantenbeirat unterstützt mit Nachdruck den vorliegenden Antrag und die darin vorgesehene konkrete Regelung über die Mindestzahl der aufzunehmenden Geflüchteten aus Griechenland (15 unbegleitete Kinder und Jugendliche (umF) und 35 volljährige Geflüchtete).

Die katastrophalen Umstände in den Flüchtlingslagern in Griechenland und die dringende Not der Geflüchteten unter den Pandemiebedingungen ist den Mitgliedern des Ausschusses sicherlich bekannt. Die Ereignisse der letzten Nacht (08.09.20 – 09.09.20) im Flüchtlingslager Moria sind eine desaströse Konsequenz dieser Lage und ein schmerzhaft deutliches Signal dafür, dass unsere Solidarität und Hilfe JETZT gefragt sind. Diese Solidarität kommt im Moment in ganz Europa aus den Kommunen und Landkreisen, sie kommt von den Menschen - und leider (noch) nicht von der Bundesregierung und viel zu wenig von den Landesregierungen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gemeinsam ein Umdenken einfordern und heute mit dem Beschluss des vorliegenden Antrages ein politisches Zeichen setzen – und somit auch andere Kommunen und das Land mitziehen lassen.

Sie als Stadtverordnete haben den Beschluss gefasst, Potsdam zum sicheren Hafen zu erklären (18/SVV/0878). Aufgrund der aktuellen Situation ist ein sofortiges Handeln im Sinne des Beschlusses notwendig. Der vorliegende Antrag liefert dazu einen sinnvollen Rahmen: *Der Antrag stellt eine konkrete Regelung im Hinblick auf die Anzahl der aufzunehmenden Geflüchteten fest und ermöglicht somit eine gezielte Planung, Vorbereitung und Umsetzung der Aufnahme Geflüchteter durch die Stadtverwaltung.* Hierbei möchten wir auf drei wichtige Aspekte hinweisen:

Im Hinblick auf die Aufnahme der volljährigen Geflüchteten (35 Personen): Wir sehen, dass die pandemiegerechte Unterbringung geflüchteter Menschen in Wohnungen die Stadtverwaltung vor große Herausforderungen stellt. Umso wichtiger ist es, die notwendigen Kapazitäten für die Unterbringung

und migrationssoziale Begleitung der neu aufzunehmenden volljährigen Geflüchteten im Vorfeld planen zu können. Der Beschluss zum vorliegenden Antrag soll dabei die Unterstützung der Stadtverwaltung bei dessen Umsetzung implizieren und ggf. notwendige zusätzliche Arbeitskapazitäten in den zuständigen Bereichen schaffen. Wir glauben, dass die Aufnahme von 35 volljährigen Geflüchteten aus größter Not und Obdachlosigkeit (nach dem Brand im Lager Moria) für die LHP zu schaffen ist und diese Kapazitäten ggf. auf vielerlei Wegen, u.a. durch die Entlastung der GUs durch Auszug von Menschen mit Gestattung und Duldung, geschaffen werden können (vgl. Stellungnahme des Migrantenbeirates aus dem Hauptausschuss am 26.08.20). Wir dürfen nicht in die Situation kommen, in der wir die Lebensumstände der Geflüchteten hier in Potsdam gegen die Lebensumstände Geflüchteter auf den griechischen Inseln abwägen müssen - das würde dem Kerngedanken beider Beschlüsse „Sicherer Hafen“ und „Wohnungsähnliche Unterbringung Geflüchteter“ widersprechen. Dies steht im Einklang mit dem Arbeitsentwurf zur Umsetzung des Beschlusses über wohnungsähnliche Unterbringung, der laut der zuständigen Beigeordneten, Frau Meier, keine Auswirkungen auf die Erstaufnahmekapazitäten in Potsdam vorsieht (vgl. die Niederschrift vom 26.08.20, Ö 3.1).

Im Hinblick auf die Unterbringung und Begleitung unbegleiteter Kinder und Jugendlicher (15 Personen): Diese Gruppe gehört nicht zu den vom Beschluss über wohnungsähnliche Unterbringung betroffenen Personen, da alle umF zuerst im Rahmen der stationären Jugendhilfe untergebracht und entsprechend begleitet werden. Die entsprechenden Kapazitäten sind bei den insgesamt 7 Trägern der stationären Jugendhilfe in Potsdam bereits vorhanden: Insgesamt 25 von 94 unbegleiteten Minderjährigen, die zur Zeit in der stationären Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht sind, werden diese bis 2020/2021 plangemäß verlassen, womit *Kapazitäten für Neuaufnahmen* entstehen. Auf der Grundlage der Regelung im vorliegenden Antrag können die entsprechenden Absprachen im Vorfeld getroffen und die Zusammenarbeit optimiert werden.

Neben der oben aufgeführten Argumentation möchten wir die hohe Unterstützungsbereitschaft der Potsdamer Zivilgesellschaft, der freien Wohlfahrtspflege, vieler engagierter Jugendhilfeträger, hauptamtlicher und ehrenamtlicher Willkommensinitiativen und vieler Potsdamer Bürger*innen bei der Umsetzung des vorliegenden Beschlusses zusichern und sind als Migrantenbeirat bereit, diese Ressourcen zur Unterstützung der Verwaltung zu mobilisieren.

Potsdam bekennt Farbe und Potsdam ist ein sicherer Hafen – es geht nun darum, bereits Beschlossenes gemeinsam umzusetzen. Mit dem vorliegenden Antrag „Sicherer Hafen II“ erfährt der wegweisende Beschluss „Sicherer Hafen Potsdam“ eine wichtige und notwendige Konkretisierung.

Maria Pohle

Vorsitzende des Migrantenbeirates

der Landeshauptstadt Potsdam